



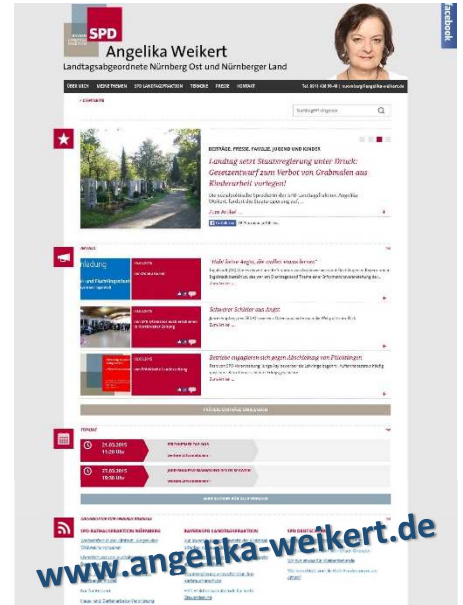
Sehr geehrte Damen und Herren,

genauso ereignisreich wie das alte Jahr vorübergegangen ist, geht es im neuen Jahr weiter. Auf dem politischen Parkett hat und wird sich Einiges tun. Die Aufhebung der Residenzpflicht und des Arbeitsverbots für Asylbewerber gaben den Startschuss in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wie sich die politischen Initiativen im Laufe des Jahres entwickeln, werden wir kritisch beobachten.

Auf eine Neuerung möchte ich Sie noch hinweisen: Meine Homepage hat ein komplett neues Gesicht bekommen! Mit diesem modernen Layout kann ich Sie unter www.angelika-weikert.de noch umfassender und übersichtlicher über meine parlamentarische Arbeit informieren. Schauen Sie doch mal vorbei.

Ihre

A. Weikert



Equal-Pay-Day am 20. März 2015!



Am 20. März 2015 ist Equal-Pay-Day. Unter der Annahme, dass Frauen und Männer den gleichen Stundenlohn verdienen, steht der Equal-Pay-Day für den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1.1. für ihre Arbeit bezahlt werden.

Diese Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist ein Zustand, der unserer Gesellschaft unwürdig ist. Im Durchschnitt erhalten Frauen für gleichwertige Arbeit 22 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Zum Abbau dieser klaren Diskriminierung ist es wichtig, dass Lohnungleichheiten als Teil des Geschäftsmodells einiger Unternehmen nicht mehr verheimlicht werden können. Daher ist der Unmut der Wirtschaftsvertreter über das geplante Entgeltgleichheitsgesetz – wie zuletzt beim Mindestlohn und anderen Vorhaben zur Beseitigung von Missständen in der Arbeitswelt – nur allzu durchschaubar.

Laut Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU sollen die Arbeitgeber ab einer Betriebsgröße von 500 Mitarbeitern verstärkt in die Pflicht genommen werden, „in eigener Verantwortung erwiesene Entgeltstarkdiskriminierung zu beseitigen.“ Das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ soll über den Aufbau von betriebsinternen und gesellschaftlichen Druck durchgesetzt werden.

Dazu ist unter anderem vorgesehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Auskunftsrecht zu Lohnunterschieden innerhalb von betriebsinternen vergleichbaren Gruppen erhalten. Das individuelle Gehalt einzelner Kolleginnen und Kollegen zu erfragen, ist selbstverständlich auch weiterhin nicht möglich.

Das Vorhaben, Frauen den Anspruch zu geben, „nachzuhaken“, wenn sie sich diskriminiert fühlen, begrüße ich ausdrücklich. Ich gehe davon aus, dass der Koalitionsvertrag zu diesem Thema ohne Abstriche und Querschüsse umgesetzt wird.

Sicheres Bleiberecht für junge Flüchtlinge in Ausbildung!

Die bayerische Wirtschaft sieht in jungen Flüchtlingen ein Potenzial, derzeit vakante Lehrstellen zu besetzen und dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dies wurde bei einem Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion in Ansbach deutlich, zu dem ich als Diskussionspartnerin eingeladen war. Ich informierte die Gäste über die derzeit laufenden Verhandlungen über eine Reform des Bleiberechts auf Bundesebene. Die rot-grün geführten Länder haben dabei gefordert, einen Aufenthaltstitel für die Dauer einer Berufsausbildung zu schaffen. In einem Dringlichkeitsantrag habe ich die Staatsregierung aufgefordert, dieses Anliegen zu unterstützen. Betriebe und junge, motivierte Flüchtlinge brauchen die Sicherheit, dass eine begonnene Ausbildung ohne die ständige Angst vor Abschiebung erfolgreich zu Ende gebracht werden kann.

Link: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000003500/0000003791.pdf

SPD will Potenziale von Zuwanderern durch Bayerisches Integrationsgesetz stärken

Mit einem Integrationsgesetz will die BayernSPD-Landtagsfraktion die Potenziale von Zuwanderern besser nutzen und ihre Chancen in der Gesellschaft verbessern. Unser Gesetzentwurf ist im Landtag bereits eingereicht. Wir werden ihn in den nächsten Wochen ausführlich in Gesprächen und Dialogveranstaltungen im ganzen Land vorstellen.

Bislang gibt es für die Integration leider nur unverbindliche Regeln. Deshalb ist nach unserer Auffassung ein solches Gesetz überfällig. Unser Gesetzentwurf enthält ganz konkrete Forderungen. So sollen unter anderem die politische Teilhabe von Zuwanderern ausgeweitet, die Verwaltung auf interkulturellen Dialog vorbereitet und die Vermittlung der deutschen Sprache gestärkt werden. Gerade der jeweilige Religionsunterricht soll in deutscher Sprache und durch in Deutschland ausgebildete Lehrer erfolgen.

Entwurf eines Integrationsgesetz für Bayern (PDF, 625 kB): <http://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/integrationsgesetz-54eb01c908a1a.pdf>

Landtag setzt Staatsregierung unter Druck: Gesetzentwurf zum Verbot von Grabmalen aus Kinderarbeit vorlegen!

Kürzlich wurde im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport einem Antrag von mir zugestimmt. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, über den Bearbeitungsstand eines Gesetzentwurfes zu informieren, der den Kommunen die lang erwartete gesetzliche Grundlage für das Verbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf ihren Friedhöfen gibt.

Das Thema beschäftigt den Landtag schon seit fünf Jahren. Vom Bundesverwaltungsgericht wurde im Herbst 2013 zweifelsfrei festgelegt, dass der Freistaat für die Schaffung der Rechtsgrundlage verantwortlich ist. Nürnberg als Stadt der Menschenrechte würde lieber heute als morgen tätig werden und ein Zeichen gegen die Ausbeutung von Kindern in Steinbrüchen setzen.

Mein Unverständnis über die lange Wartezeit wird, wie im Ausschuss deutlich wurde, mittlerweile auch von Vertretern der Regierungspartei geteilt. Die Phase der Berichte und Beteuerungen ist eigentlich schon lange vorbei. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Staatsregierung einen konkreten Zeitplan für die Fertigstellung des Gesetzentwurfes vorlegt!

Link zum Thema: <http://www.angelika-weikert.de/detail/2015-02-25-landtag-setzt-staatsregierung-unter-druck-gesetzentwurf-zum-verbot-von-grabmalen-aus-kinderarbeit-vorlegen/>

Delegationsreise mit Europaministerin Beate Merk auf den Balkan

Im Januar stiegen die Zugangszahlen von Asylbewerbern aus dem Kosovo rapide an. Es hat mich daher sehr gefreut, dass ich Anfang März die bayerische Europaministerin Beate Merk im Rahmen einer Delegationsreise in die Region begleiten konnte. Ich hatte unter anderem Gelegenheit, mich mit dem serbischen Außenminister Ivica Dacic und einer Vertreterin der OSZE über dieses Thema zu unterhalten. Der serbische Staat braucht europäische Unterstützung vor allem in Bezug auf die ethnische Gruppe der Roma und deren Integration in das soziale Leben des Landes.

Aydan Özoğuz in der Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder in Nürnberg

Während die CSU am Aschermittwoch gegen Asylbewerber rumpolterte, bekam die teilzeitbetreute Wohngruppe „Impuls“ der Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder e.V. zeitgleich hohen Besuch von Staatsministerin Aydan Özoğuz und Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Ich stellte beiden, zusammen mit unseren Sozialpädagogen unsere Einrichtung vor, die seit über 20 Jahren eine erfolgreiche Integrationsarbeit für die Jugendlichen in einem unsicheren politischen Umfeld leistet. Martina Sommer (Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e.V.) hob im Rahmen einer angenehmen Diskussion die aktuelle Bedeutung der Außenstelle der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt in Priština (Kosovo) hervor.



Sozialempfang von Margit Wild in Regensburg

Am 1. März war ich als Rednerin beim Sozialempfang meiner Landtagskollegin Margit Wild in Regensburg zu Gast. In meiner Ansprache war es mir wichtig zu zeigen, dass die Sozialdemokratie ganz konkret die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessert. Egal ob Mindestlohn, Rente nach 45 Berufsjahren oder Bundesteilhabegesetz – wir kümmern uns um die Menschen. Natürlich bildete die Asyl- und Flüchtlingspolitik einen der Schwerpunkte meiner Rede. Ich war mir mit dem Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs einig, dass sowohl die Schutzsuchenden als auch unsere Gesellschaft enorm vom Engagement der Städten und Gemeinden bei der dezentralen Unterbringung profitieren.



Informationsveranstaltung der SPD Ingolstadt zu Asyl und Flüchtlingsschutz

Die SPD Ingolstadt hatte mich eingeladen über die rechtlichen Grundlagen und die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu referieren. Im Bund ist es der SPD gelungen, die Residenzpflicht abzuschaffen, die Essenspakete durch Geldleistungen zu ersetzen und es Asylbewerbern bereits nach drei Monaten zu ermöglichen, sich eine Arbeit zu suchen. In Bayern haben wir nicht locker gelassen und haben es gemeinsam mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden geschafft, die Staatsregierung zu ersten Fortschritten bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu bewegen.

Jahresempfang der Nürnberg SPD mit Sigmar Gabriel



650 Gäste waren der Einladung der Nürnberg-SPD zum Jahresempfang in den gut gefüllten Historischen Rathaussaal gefolgt. Unser Ehrengast Sigmar Gabriel mahnte die SPD an, niemals die Fähigkeit zu verlieren, den Menschen, die den Glauben an eine gerechte Welt und Politik verloren haben, zuzuhören, um die Ursachen ihrer Probleme und Ängste zu finden und zu nehmen.

Mehr Bilder unter:

<https://www.flickr.com/photos/spdnuernberg/sets/72157650872722106/>

Jahreshauptversammlung der Nürnberg SPD – Thorsten Brehm übernimmt das Ruder der Nürnberg SPD



Nicht nur für unseren langjährigen Vorsitzenden Christian Vogel, sondern auch für mich hieß es auf der Jahreshauptversammlung der Nürnberger SPD Abschied von der Arbeit im Unterbezirksvorstand zu nehmen. Nach insgesamt nahezu 20 Jahren habe ich mich entschieden, nicht mehr als stellvertretende Vorsitzende zu kandidieren. Eine an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientierte Politik und interne Geschlossenheit, so hat es Christian Vogel in seiner Abschiedsrede formuliert, sind das Erfolgsrezept für die Zukunft.

Die großen Herausforderungen der Stadtpolitik wurden von unserem Gastredner Prof. Martin zur Nedden vom Deutschen Institut für Urbanistik benannt: Mobilität und Energiegewinnung müssen „grüner“ werden. Dauerthema bleibt die Beseitigung sozialer Schiefen.

Ich freue mich, dass Thorsten Brehm als neuer Vorsitzender sowie Gabriela Heinrich und Nasser Ahmed als seine Stellvertreter von den fast 200 Delegierten mit einem großartigen Ergebnis ins Amt gewählt wurden. Angesichts einer jungen, motivierten und klugen Vorstandschafft bin ich zuversichtlich, dass die Nürnberger SPD inhaltlich und personell gut aufgestellt ist, um die Zukunftsfragen anzugehen. Gefreut hat mich auch, dass ausführliche inhaltliche Diskussionen zu einem breiten Themenspektrum nach wie vor einen Platz in meiner Partei haben.



Noch mehr Impressionen von der JHV finden Sie unter:

<https://www.flickr.com/photos/spdnuernberg/sets/72157649038528543/>

Wie Flüchtlingspolitik funktionieren kann – Ein Positivbeispiel einer syrischen Familie

Mitte März besuchte ich eine syrische Flüchtlingsfamilie, die im Pfarrhaus Nürnberg-Fischbach untergebracht ist. Bei der Familie handelt es sich um 13 anerkannte Flüchtlinge, darunter sieben Kinder. Sie waren Anfang des Jahres durch das Aufnahmeprogramm des Bundes über den Libanon nach Deutschland gekommen, wo einer der Söhne bereits seit sechs Jahren wohnt. Im Gespräch lobte er das Programm ausdrücklich, es habe ein „sehr schnelles“ Verfahren ermöglicht. Diese positive Einschätzung kann ich nur teilen und deutlich machen, dass ich ein weiteres Aufnahmeprogramm in Bayern für unerlässlich halte.

Immer wieder betonte die Familie, wie dankbar sie sei, in Deutschland leben zu dürfen. Man sei überaus herzlich empfangen worden und fühle sich bereits „heimisch“, auch wenn man nur wenig Platz zur Verfügung habe. Auf die Frage, was die Familie am dringendsten benötige, lautete die Antwort: Lernmaterialien, um so schnell wie möglich die deutsche Sprache erlernen zu können. Mehrere Familienmitglieder sind hochausgebildet, der Vater war in Syrien Richter, die Mutter Lehrerin, einer der Söhne studierte Medizin, ein anderer Arabistik. Dieses Potenzial müssen wir nutzen.

Die Aufhebung der Residenzpflicht (also der räumlichen Aufenthaltsbeschränkung), die am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, ist ein wichtiger Schritt, um Asylbewerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Kirche waren an dem Gespräch mit der syrischen Flüchtlingsfamilie beteiligt. Ihnen danke Ihnen für ihr Engagement. Sie leisten einen „wichtigen Beitrag“ zur kommunalen Flüchtlingsarbeit.

